Stenographischer Bericht

25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode - 3. November 1997

Inhalt:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der FPÖ und des LIF an Landeshauptmann Klasnic, betreffend die Fortsetzung des Postenschachers in der Steiermark.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Mag. Bleckmann (2035).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic (2038).

Redner: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (2038), Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (2039), Abg. Dr. Flecker (2039), Abg. Dr. Brünner (2040), Abg. Schützenhöfer (2042), Abg. Dr. Wabl (2043).

Beschlußfassung (2045).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten des LIF, der Grünen und der FPÖ an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, betreffend die Mißachtung der Ausschreibung und transparenten Vergabe öffentlicher Funktionen.

Begründung der dringlichen Anfrage: Abg. Dr. Brünner (2045).

Beantwortung der dringlichen Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (2045).

Redner: Abg. Mag. Zitz (2045).

Beginn der Sitzung: 9.37 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages – es ist dies die 25. Sitzung – in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Ing. Schreiner, Majcen und Dr. Lopatka.

Die Einberufung zu dieser außerordentlichen Sitzung erfolgte über Antrag der Abgeordneten Dipl.Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Ing. Peinhaupt, Porta, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Schinnerl, Ing. Schreiner, Wiedner, Dr. Brünner und Kehsmiri, zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, zwecks Einbringung einer dringlichen Anfrage gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, in Verbindung mit Paragraph 28 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, ist der Präsident verpflichtet, den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung binnen fünf Tagen einzuberufen, wenn wenigstens ein Fünftel der Mitglieder es verlangt.

Der Antrag ist von zehn Abgeordneten der FPÖ und von zwei Abgeordneten des LIF, somit von zwölf Abgeordneten, unterzeichnet und entspricht daher den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten der FPÖ und des LIF an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend die Fortsetzung des Postenschachers in der Steiermark.

Weiters wurde eingebracht eine dringliche Anfrage von den Abgeordneten des LIF, der Grünen und der FPÖ an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek, betreffend die Mißachtung der Ausschreibung und transparenten Vergabe öffentlicher Funktionen.

Diese beiden eingebrachten dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Wir kommen nun zur Beantwortung der dringlichen Anfrage der FPÖ und des LIF.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann das Wort zur Begründung dieser dringlichen Anfrage, betreffend die Fortsetzung des Postenschachers in der Steiermark.

Abg. Mag. Bleckmann (9.41 Uhr): Postenschacher zum Dritten!

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landesregierung!

Noch einmal zur Erinnerung! Zuerst erfolgte die Bestellung beim Landesschulrat, und der Posten des Vizepräsidenten wurde aufgewertet. Das Gehalt der beiden wurde angeglichen, damit man nach einer Zeit die Positionen austauschen kann und trotzdem niemand Gehaltseinbußen hinnehmen muß. Danach erfolgten die Geschäftsführerbestellungen bei der STEWEAG. Zwei Geschäftsführer wurden – natürlich immer nach dem gleichen Prinzip – bestellt. Der eine Geschäftsführer hat sich nicht einmal beworben und kam trotzdem zu dieser Funktion. Dann die Bestellungen um das Joanneum Research und Technikum Joanneum. Anstatt zwei gibt es dort inzwischen vier Geschäftsführer.

Auch bei der Landesholding finden Bezügeangleichungen statt, weil es ja nicht sein kann, daß ein
roter Funktionär um vieles weniger bekommt als ein
schwarzer – der zwar schon etwas älter und um vieles
länger im Geschäft ist. Und alles nach dem Vieraugenprinzip – das heißt ein schwarzer und ein roter
Funktionär. Das war vor dem Sommer – Postenschacher zum Ersten!

Dann, haben wir gedacht, kommt es zu der Spitze des Postenschachers – die Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld. Hier hat es zwar eine Ausschreibung, aber kein Hearing gegeben. Dann kam es zur Wiederbelebung der Rechtsabteilung 2. Für den Leiter hat es nicht einmal eine Ausschreibung, geschweige denn ein Hearing gegeben. Zwischen drinnen auch noch immer ein Intermezzo um die Kulturabteilung. Sie können sich sicher erinnern an den Herrn Vujica, der Ihnen dann schließlich die lange Nase gezeigt hat. Dann bekam Hofrat Feil diese Funktion.

Die Landesamtsdirektion wurde aufgebläht, vergrößert. Die FOKU wurde ins Leben gerufen.

Das ist nach dem Sommer gewesen – Postenschacher zum Zweiten!

Und in der letzten Regierungssitzung kam es im wahrsten Sinne des Wortes zum "Postenschachner" zum Dritten!

Die Regierungsmitglieder, allen voran der Landesparteiobmann der roten Sozialdemokratie, verdient hier den "Schwarzen Peter" für die Art und Weise, wie versucht wird, Frau Bundesminister a. D. Konrad zu bestellen. Für sie soll es eine eigens geschaffene Position geben, die sicherstellt, daß sie am Personaleinstellungsmodell vorbeigeschleust wird. Und wie wurde sie vorbeigeschleust? Mit Hilfe eines Sondervertrages, den es bisher nur für Regierungsbüromitarbeiter gegeben hat. Hier ist auch eindeutig, wer wem weisungsgebunden ist. Da ist klar, daß das Regierungsmitglied der Chef ist und der Mitarbeiter diese Dinge zu vollziehen hat.

Jetzt wird eine Funktion in einer Abteilung geschaffen, wo dann jemand mit Sondervertrag drinnen sitzt und somit nicht dem Artikel 20 B-VG unterliegt. Somit können zwar keine Weisungen gegeben werden, aber andererseits besteht auch keine Weisungsmöglichkeit. Hier ist also eine neue Funktion geschaffen worden.

Dieser Posten wurde extra geschaffen. Den hat es vorher nicht gegeben. Und hier kann uns auch niemand erzählen, daß das nicht auch noch zusätzliche Dienstposten nach sich ziehen wird. Wenn jemand so hoch eingestuft wird, kann ja die Sekretärsarbeit nicht selber gemacht werden. Also wird es hier ein Büro mit zusätzlichen Mitarbeitern geben, wahrscheinlich nicht nur eine Sekretärin, sondern auch noch weitere Mitarbeiter.

Und da müssen Sie uns schon einmal erklären, wie es überhaupt für irgend jemand anderen der über 40jährigen möglich ist, in den Landesdienst zu kommenn. Wenn wir uns anschauen, wie andere Personen in den Landesdienst kommen, dann werden nur minimale Vordienstzeiten angerechnet, wenn jemand vorher nicht im öffentlichen Dienst war. Wenn also jemand, nehmen wir an, 30 Jahre Vordienstzeiten hat, werden ihm nur eineinhalb Jahre als Vordienstzeit angerechnet. Das bedeutet eine extrem niedrige Einstufung. Wenn wir 75 Prozent des Gehaltes annehmen, dann sind das - und jetzt hören Sie bitte zu, meine Damen und Herren -, 25.000 bis 27.000 Schilling brutto, die hier zustehen würden. Soviel zu den normalen Gegebenheiten, so wie es sonst für jeden gilt, der in den Landesdienst will.

Zum Packeln gehören mindestens zwei Personen. Hier gilt das Prinzip, eine Hand wäscht die andere, oder ein Posten ergibt den anderen, oder für jedes Geschäft gibt es ein Gegengeschäft. Ich frage Sie hier schon – und das ist auch mit ein Grund, warum wir diese Anfrage an die Frau Landeshauptmann stellen –, meine lieben Kollegen von der ÖVP, gibt es für Sie hier überhaupt keine Schmerzgrenze? Ist hier kein Level erreicht, wo Sie sagen, so weit, aber nicht mehr weiter? Sind die Versprechungen, die in der letzten Sonderlandtagssitzung bezüglich Objektivierung gegeben wurden, nur leere Worte gewesen?

Und um darüber Aufklärung zu erhalten, stellen wir die dringliche Anfrage an die Frau Landeshauptmann, denn wenn hier seitens der ÖVP nein gesagt wird, wenn hier gesagt wird, soweit, aber nicht weiter, dann wäre das, was in der letzten Regierungssitzung verlangt wurde, nicht möglich.

Und deshalb stellen wir die dringliche Anfrage gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages an die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Fortsetzung des Postenschachers in der Steiermark.

Die Beantwortung der dringlichen Anfrage durch Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, welche im Rahmen der Sondersitzung des Steiermärkischen Landtages am 29. September 1997 ihrerseits gegeben wurde, hat berechtigte Hoffnung geweckt, daß in der Steiermark künftig keine "Postenschachnerei" mehr vorkommen werde. Da die jüngsten Vorkommnisse diese Hoffnungen wieder zunichte gemacht haben, sehen sich die unterfertigten Abgeordneten gezwungen, abermals an Sie, Frau Landeshauptmann, als Vorsitzende der Landesregierung folgende dringliche Anfrage zu stellen:

Und hier grenzt es schon an Verhöhnung, was gleichzeitig mit der Einbringung des Vorschlags auf ein Objektivierungsgesetz, unter Umgehung jeglicher Objektivierung, für Frau Bundesministerin außer Dienst verlangt wird.

Und wenn wir dann lesen, daß das Objektivierungsgesetz das auch noch zulassen würde, ja dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen wir sehr genau, was wir von diesem Objektivierungsgesetz zu halten haben. Wenn so etwas ein Objektivierungsgesetz zuläßt, daß jemand mit Sondervertrag in eine Abteilung sozusagen weisungsungebunden hineingeschleust werden kann, dann wissen wir, was von so einem Objektivierungsgesetz zu halten ist – nämlich nichts.

Erste Frage: Haben Sie bei Beschlußfassung der Änderung der Geschäftseinteilung, die die neue Forschungs- und Kulturabteilung beinhaltet, gewußt, daß der Sondervertrag mit Frau Bundesministerin a. D. Dr. Helga Konrad ins Haus steht?

Zweite Frage: Haben Sie durch den Verfassungsdienst des Landes prüfen lassen, ob eine Dotierung von Sonderverträgen, die über dem Gehaltsschema für Beamte des Landes Steiermark liegt, rechtlich überhaupt möglich ist?

Drittens: Ist ein mit Sondervertrag in einer Abteilung beschäftigter Mitarbeiter gemäß Artikel 20 B-VG weisungsgebunden beziehungsweise ist dieser Mitarbeiter weisungsberechtigt? Unserer Meinung nach kann das nicht möglich sein, denn so ist jemand in der Abteilung völlig abgehoben, ohne jegliches Weisungsrecht.

Viertens: Können Sie, als Verantwortliche für den Inneren Dienst, darüber Auskunft geben, wie viele Mitarbeiter und welche Infrastruktur Frau Bundesminister a. D. Dr. Helga Konrad zur Verfügung gestellt werden sollen und mit welchen Kosten dies verbunden sein wird?

Das werden wir uns sehr genau dann auch im Dienstpostenplan anschauen.

Fünftens. Ausgehend von Ihrer Aussage, daß der Fall Bundesminister a. D. Dr. Helga Konrad für Sie eine Frage der Frauensolidarität ist, halten Sie es für möglich, daß jede Frau, entsprechend ihrer Qualifikation, eine Chance auf einen ebenso gut dotierten Sondervertrag hat?

Denn das, was hier unter dem Deckmantel der Frauensolidarität passiert, zu begründen, ist mir selbst als Frau schon völlig unverständlich. Denn unter Frauensolidarität verstehe ich persönlich Solidarität mit Alleinverdienerinnen und Alleinerzieherinnen, mit Kindern, und diese Kinder mit sehr wenig Geld über die Runden bringen müssen. Darunter verstehe ich Solidarität mit Fabriksarbeiterinnen, die mit sehr wenig Geld auskommen müssen. Darunter verstehe ich Solidarität mit Verkäuferinnen, die mit wenig Geld auskommen müssen, die es wirklich schwer haben. Solidarität mit Frauen ist bei jenen erforderlich, die ihre Kinder ernähren müssen und nach Auslaufen der Karenzzeit mit der Notstandshilfe leben müssen, und das mit 14 Schilling 70 Groschen pro Tag. Mit 14 Schilling 70 Groschen pro Tag müssen Notstandshilfebezieherinnen auskommen. Wenn wir diesen Hilfe geben würden und wenn Sie hier so ein Engagement und eine Solidarität an den Tag legen würden, würde ich Ihre Frauensolidarität verstehen. Aber dieses zusätzliche Salär, das weit über dem ist, was sonst jeder andere in dieser Position bekommen würde - hier verstehe ich Sie nicht mehr.

Sechste Frage: Haben Sie sich mit der Nichtberücksichtigung der Sonderverträge in dem von Ihnen beauftragen Objektivierungsgesetz bewußt ein Schlupfloch für zu versorgende Parteifreunde offengelassen?

Siebentens: Gibt es für die von Frau Bundesminister außer Dienst Dr. Konrad zu erfüllende Funktion einen Dienstposten laut Dienstpostenplan?

Wenn ja: Warum muß dann ein Sondervertrag abgeschlossen werden, oder gibt es zweierlei Arten von Landesbediensteten?

Wenn nein: Erwarten Sie sich von der Anwesenheit von Frau Bundesminister außer Dienst Dr. Konrad bei diversen Kulturevents eine solche Qualitätssteigerung, die die Mehrkosten für den Steuerzahler von mehr als 800.000 Schilling im Jahr rechtfertigen?

Denn das, was hier, sofern wir es aus dem Regierungs-AV. nachvollziehen können, die Frau Dr. Konrad machen muß, ist, Veranstaltungen besuchen. Na, und wie wird sie das machen? Natürlich in Vertretung des Herrn Landeshauptmannes. Und was wird sie dort tun? Ja natürlich ihrer politischen Tätigkeit nachgehen, denn sie wird dort sicherlich als Frau Nationalrat begrüßt werden, und eben nicht als die, die in der Abteilung für Kultur zuständig ist. Also, da frage ich schon, was genau wird sie hier tun, und wie sind diese Mehrkosten wirklich zu rechtfertigen?

Achte Frage: Handelt es sich bei der künftig zu erfüllenden Aufgabe von Frau Bundesminister außer Dienst Dr. Konrad um eine leitende Funktion im Landesdienst?

Wenn ja: Warum wurde den Grundprinzipien, die im Objektivierungsgesetz verankert sind, nicht Rechnung getragen?

Wenn nein: Warum wurde das von Ihnen im letzten Landtag so hoch gepriesene Personaleinstellungsmodell, welches eine Sondierung des internen Stellenmarktes vorsieht, nicht angewendet?

Neuntens: Wird der Posten des Bezirkshauptmannes der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung mit einem Mitarbeiter Ihres Regierungsbüros besetzt werden?

Wenn ja: Werden Sie auch das Instrument des Sondervertrages heranziehen, um ein Hearing zu umgehen beziehungsweise um das Beamtenentlohnungsschema umgehen zu können?

Wenn nein: Werden eine öffentliche Ausschreibung und ein Hearing stattfinden und wird dann der Erstgereihte diesen Posten auch wirklich erhalten?

Zehntens: Warum gibt es die Notwendigkeit, jährlich einen Dienstpostenplan zu beschließen, wenn diverse Funktionen durch hochdotierte Sonderverträge abgedeckt werden?

Elftens: Beabsichtigen Sie, bis zum Inkrafttreten eines Objektivierungsgesetzes die auf Absprachen und Abtausch zwischen ÖVP und SPÖ beruhenden Gepflogenheiten bei den Postenvergaben beizubehalten?

Zwölftens: Sind Sie bereit, sich der Vertrauensfrage im Landtag zu stellen?

Diese Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir uns sehr lange überlegt. Aber wir sehen es nicht mehr ein, daß wir diejenigen waren, die der Frau Landeshauptmann im Landtag die Mehrheit verschafft haben, damit sie diese Position bekommt. Wir wollen hier nicht mehr mitspielen, und daher würden wir auch gerne auffordern - wenn Sie sich bereiterklären würden -, sich der Vertrauensfrage zu stellen. Dies auch zum Ausdruck bringen, daß wir unter diesen Voraussetzungen damals die Mehrheit nicht dafür beschafft haben. Denn wir waren damals der Meinung, daß bei der Postenbesetzung genau das weitergeführt wird, was auch schon unter der Ära Krainer begonnen wurde. Daß eben auf Objektivierung, auf Ausschreibungen und Hearings Rücksicht genommen wird, daß das weitergeführt wird. Und wenn es jetzt andere Gepflogenheiten gibt, dann haben wir das zur Kenntnis zu nehmen. Aber dann bitte beschaffen Sie sich andere Mehrheiten bei einer Vertrauensfrage, und lassen Sie sich nicht von uns in diese Position wählen. Und, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, ich appelliere an Sie, kehren Sie dieser Art des Miteinanders, das hier praktiziert wird mit der Postenschachnerei, den Rücken zu und stimmen Sie in der wahrscheinlich anschließend an die Landtagssitzung folgenden Regierungssitzung der Besetzung von Frau Dr. Konrad nicht zu. (Beifall bei der FPÖ. – 9.58 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage. Bitte, Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic (9.58 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Zu den zwölf Detailfragen der dringlichen Anfrage darf ich Ihnen einleitend folgendes mitteilen: Ein Teil Ihrer Fragen stellt sich nicht mehr. Denn ich habe gestern den Personalreferenten der Steiermärkischen Landesregierung beauftragt, den in Aussicht genommenen Sondervertrag von der Tagesordnung der heutigen Landesregierungssitzung zurückzuziehen. Eine weitere Beschlußfassung in diesem Zusammenhang stellt sich nicht mehr. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Daher lauten meine Antworten auf Ihre zwölf Detailfragen:

Zur Frage eins: Nein.

Zur Frage zwei: Der Herr Personalreferent hat die rechtlichen Voraussetzungen für Sonderverträge prüfen lassen.

Zur Frage drei: Ja. Diese Frage wurde überdies bereits vor Monaten mit einem Ergebnis "Ja" durch den Verfassungsdienst geprüft.

Frage vier: Stellt sich nicht mehr.

Frage fünf: Stellt sich nicht mehr.

Zur Frage sechs: Nein.

Frage sieben: Stellt sich nicht mehr.

Frage acht: Stellt sich nicht mehr.

Zur Frage neun: Für die Position des Bezirkshauptmannes von Graz-Umgebung wird es selbstverständlich eine öffentliche Ausschreibung und ein Hearing geben. Ich werde dafür Sorge tragen, daß die Grundsatzbeschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung über die Besetzung leitender Dienstposten eingehalten werden. So wurde bereits am 27. Oktober 1997 von der Steiermärkischen Landesregierung einstimmig die Einsetzung der Begutachtungskommission beschlossen.

Die Position des Bezirkshauptmannes von Graz-Umgebung wird daher am 14. November 1997 öffentlich ausgeschrieben werden. Nach Ablauf der zweiwöchigen Bewerbungsfrist werden die Kandidatinnen und Kandidaten von der Begutachtungskommission im Hinblick auf die Erfüllung des Anforderungsprofiles einer Überprüfung unterzogen. Im Anschluß daran findet das Hearing mit dem laut Regierungsbeschluß vom 12. Dezember 1994 festgelegten Ziel statt, die Eignung der Bewerber um die ausgeschriebene Position festzustellen. Die Landesregierung wird sodann aus dem Kreis der geeigneten Bewerber den Bezirkshauptmann von Graz-Umgebung auswählen und bestellen.

Frage zehn: Stellt sich nicht.

Zu Frage elf: Da es die von Ihnen unterstellten Gepflogenheiten nicht gibt und auch nicht gegeben hat, kann es auch keine Fortsetzung derselben geben.

Und zur Frage zwölf: Der Steiermärkische Landtag hat mich am 23. Jänner 1996 zum Landeshauptmann gewählt und mir dabei sein Vertrauen gegeben.

Dieses Vertrauen ist die Basis meiner Arbeit als Landeshauptmann und für mich verpflichtend. Natürlich werde ich mich daher jederzeit, wenn ein entsprechender Antrag im Landtag gestellt wird, einer Vertrauensfrage stellen. (Beifall bei der ÖVP. – 10.01 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (10.01 Uhr): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich stelle fest, daß die Qualifikation der Frau Bundesminister Dr. Helga Konrad von niemandem in Zweifel gezogen wurde.

Ich stelle zum Zweiten fest, daß es für Sonderverträge und für die Gestaltung von Sonderverträgen keine Regeln, Richtlinien oder sonstige Voraussetzungen gibt, die bindend wären, mit Ausnahme, daß man sie entweder an das Vertragsbedienstetengesetz zu binden hat und dann Sonderregelungen vorsieht, wie das auch bisher schon geschehen ist, oder sie überhaupt nach dem Angestelltengesetz abhandelt.

Bindende Regelungen zur Objektivierung, bindende Regelungen für Einstellungen, alles das gibt es nicht und ist auch, wie richtig vermerkt wurde, im Entwurf des Personallandesrates Hirschmann für die Objektivierung nicht vorgesehen. Ganz offensichtlich hat er sich dabei gedacht, daß man auch in Zukunft da und dort Personen außerhalb des Regelmechanismus einstellen kann, weil man sie für bestimmte Aufgaben braucht.

Zum Dritten stelle ich fest, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Vorgangsweise und der Ablauf waren so, daß Kollege Hirschmann und ich in vielen Diskussionen, unter anderem auch über das Objektivierungsgesetz, über Personalfragen gesprochen haben und auch die Frage eines Sondervertrages für Frau Bundesminister Dr. Helga Konrad, deren Qualifikation auch von ihm ausdrücklich bestätigt wurde, abgesprochen haben.

Es hat eine Vereinbarung zwischen Landesrat Hirschmann und mir gegeben, so vorzugehen, und daher hat er als zuständiges Regierungsmitglied diesen Antrag eingebracht.

Wenn nunmehr, nach einer Rückstellung durch die FPÖ in der Landesregierung, die ÖVP zur Meinung gerät, das nicht mehr mittragen zu können oder zu wollen, so nehmen wir das zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ. – 10.04 Uhr.)

Präsident: Die Frau Klubobmann der Freiheitlichen Partei hat auf Grund der neu entstandenen Situation durch die Beantwortung der Frage um eine Unterbrechung der Sitzung ersucht. Ich gebe diesem Antrag statt und unterbreche die Sitzung auf 15 Minuten. Es ist jetzt 10.05 Uhr, um 10.20 Uhr werde ich die unterbrochene Sitzung wieder aufnehmen. Ich bitte Sie alle um pünktliches Erscheinen.

Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 10.05 bis 10.25 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und eröffne nunmehr die Wechselrede zur eingebrachten dringlichen Anfrage der FPÖ und des Liberalen Forums.

Ich weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm. **Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko** (10.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Frau Landeshauptmann hat in Beantwortung der dringlichen Anfrage, die wir zusammen mit dem Liberalen Forum, dem ich auf diesem Wege auch für die Unterstützung und die Gemeinsamkeit in diesem Bereich danken möchte, eine sehr klare Aussage getroffen. Eine Aussage, die uns die Hoffnung gibt, daß wir in Zukunft mit dem zu erarbeitenden beziehungsweise bereits erarbeiteten und noch zu diskutierenden Personaleinstellungsgesetz ein Instrumentarium haben werden, das uns das Thema "Postenbeschaffung und die damit verbundenen Mißstände" nicht mehr zu diskutieren lassen braucht. Wir gehen von der Hoffnung aus, daß diese heutige Entscheidung ein Schritt in die richtige Richtung ist, weil das Vertrauen der Bevölkerung in dieses Land auch unter diesem in den letzten Tagen diskutierten Aspekt sicherlich gelitten hat. Ich möchte es auch nicht verabsäumen, den Damen und Herren der Medien einmal dafür Danke zu sagen, daß sie sich einer Sache angenommen haben, die an sich zum Himmel stinkt. Wir können uns mit diesem Ende vielleicht jenen Dingen zuwenden, die wir für dieses Land in vielen Bereichen zu tätigen haben – seien es die Arbeitsplätze, sei es die Ausbildung unserer Jugend, sei es die Versorgung am Gesundheitssektor und vieles andere mehr, was wir noch zu bewältigen haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte namens der freiheitlichen Fraktion, zusammen und unterstützt mit den Vertretern des Liberalen Forums und der Grünen, einen Beschlußantrag einbringen, betreffend Funktion für besondere Vorhaben im Forschungs- und Kulturbereich in der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens von der beabsichtigten Bestellung von Frau Dr. Helga Konrad, Bundesminister außer Dienst, mittels eines Sondervertrages in die Abteilung für Forschung und Kultur (FOKU) Abstand zu nehmen, zweitens die Funktion für besondere Vorhaben im Forschungs- und Kulturbereich in der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur auszuschreiben und drittens die Funktion für besondere Vorhaben im Forschungs- und Kulturbereich in der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur nach objektiven Kriterien zu vergeben.

Meine Damen und Herren, am Schluß dieses Beschlußantrages fehlen eigentlich zwei Bereiche. Es fehlt die Unterstützung der Sozialdemokratie und es fehlt die Unterstützung der Volkspartei.

Ich glaube aber, daß wir gemeinsam diesen Beschluß fassen sollten und damit dem, was wir uns von Postenvergabe und von Objektivität vorstellen, Rechnung getragen wird im Sinne des heutigen Tages. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ und den Grünen. – 10.29 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker (10.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich gehe davon aus, daß die Zurückziehung der Wortmeldung des Kollegen Schützenhöfer eine tatsächliche ist, und nicht eine einstweilige. Es gehört zu unseren Grundsätzen, Mehrheiten zu akzeptieren. Das ist in der Demokratie so, und wir nehmen das zur Kenntnis.

Erlauben Sie mir aber doch, die Sachlage dem Grunde nach hier darzulegen. Wir haben eine ehemalige Ministerin, die hoch qualifiziert ist, die ihr Berufsleben im Kulturbereich verbracht hat. Diese ehemalige Ministerin will wieder in das Berufsleben eintreten und soll einen adäquaten Dienstposten dafür erhalten.

Auf der anderen Seite gibt es einen Landeskulturreferenten, der im Kulturbereich eine völlige Neuordnung geschaffen hat, der eine Ödlandschaft befruchten will und der zur Beratung für Events, für kulturelle Großveranstaltungen und zur Kontaktherstellung, auch auf Grund der vorhandenen Synergien, die die Frau Konrad einbringen kann, jemanden mittels Sondervertrag in seinem Vertrauensbereich arbeiten lassen will, wobei er dazu als Bedeckung einen zurzeit nicht besetzten Dienstposten in der Landeskulturabteilung zur Verfügung stellt.

Das heißt, er besetzt diesen Dienstposten nicht, stellt ihn aber durch Nichtbesetzung zur finanziellen Bedeckung zur Verfügung, wodurch letztlich eine Mehrbelastung im Landeshaushalt nicht entsteht. Meine Damen und Herren, das ist Fakt. Und ich kann mich noch erinnern, als es vor einiger Zeit nach der letzten von der FPÖ beantragten und abgehaltenen Sondersitzung eine Diskussion über die zukünftigen Objektivierungsmodelle stattgefunden hat, da haben eigentlich der Landesrat Hirschmann und auch ich unisono gesagt, wir müssen nach dem System in der Verwaltung, nach dem System des Vertrauens im Weisungskreis des zuständigen Regierungsmitgliedes auch die Möglichkeit eröffnen, daß Personen des Vertrauens dort arbeiten können und – und das ist in diesem Fall so vorgesehen gewesen - das politische Schicksal des politisch Verantwortlichen mittragen. Und es hat, als das von uns beiden gesagt wurde, eigentlich nirgends, von keiner Seite her, den geringsten Widerspruch gegeben. Heute, beim ersten Anlaßfall, wird das aufgegriffen. Und, meine Damen und Herren, es geht hier nicht um den Namen Konrad. Es geht um ein bewußt hervorgekehrtes System des Auseinanderdividierens. Man geht nicht differenziert in diese Diskussion ein, sondern man versucht, eine schon längerfristig angelegte Politik, die darauf ausgerichtet ist, die da oben mit denen da unten auseinanderzudividieren, fortzuführen. Was eine Partei, die diesen Keil permanent treibt, letztlich bezweckt, kann sich jeder politisch Denkende auch ausmalen. Es geht nicht nur darum, daß ein Führer als starker Mann bereitsteht, es geht letztlich auch darum, darüber nachzudenken, wie soll die Landschaft der Parlamente, die Landschaft der Mandatare ausschauen. Sollen es letztlich nur mehr die sein, die sich Politik als Hobby leisten können, wenn sie zum Beispiel Großgrundbesitzer sind, wenn sie zum Beispiel im gleichen Zusammenhang den Beruf Unternehmer angehen?

Wir haben die Diskussion über Berufspolitiker sehr eindringlich auch im Zusammenhang mit der Bezügedebatte geführt, und es war Einvernehmen darüber, daß man sagt, Abgeordnete, ob im Land oder im Bund, sollten nach Möglichkeit einen Beruf ausüben. Und ich sage Ihnen, daß drei Viertel der Nationalratsabgeordneten einen Beruf ausüben. Das ist oft vielen wahrscheinlich nicht bewußt. Und, meine Damen und Herren, die politische Landschaft schaut auch so aus, daß mehr als ein Drittel der Nationalratsabgeordneten Beamte sind. Letztlich geht es ja um nichts anderes, daß eine Frau, die unbestrittene Qualifikation hat, die Möglichkeit hat, in die Reihen jener im Nationalrat einzutreten, die auch einen Beruf ausüben. In die Reihe des Herrn Brauneder, dritter Nationalratspräsident, Gage 170.000 Schilling, nebenher Universitätsprofessor, Angehöriger der Freiheitlichen Partei, in die Reihe des Herrn Holger Bauer, auch ein ehemaliger Minister, Nationalratsabgeordneter, 75 Prozent beschäftigt beim Bundespressedienst, in die Reihe des Herrn Udo Grollitsch, Nationalratsabgeordneter der Freiheitlichen und zugleich zu 75 Prozent tätig bei der Montanuniversität in Leoben. Ja, meine Damen und Herren, bei diesen Herrschaften, die allesamt der Freiheitlichen Partei angehören, ist das selbstverständlich, die Frau Dr. Konrad soll das nicht dürfen. Und, meine Damen und Herren, auch einer, der sich entrüstet, und ich könnte die Liste von vorher noch sehr weit ausdehnen, aber auch einer, der sich entrüstet, der diese Dringliche unterschrieben hat, der Herr Univ.-Prof. Dr. Brünner erhebt Anspruch darauf, neben seinem Mandat zu arbeiten als Universitätsprofessor und natürlich dafür auch die adäquate Bezahlung zu bekommen. Was der Herr Brünner für sich in Anspruch nimmt, das soll die Frau Dr. Konrad offenbar nicht dürfen. Und dann gibt es viele, die meinen, daß es mit der Zeit nicht vereinbar wäre. Sie wissen, daß die Herstellung internationaler Kontakte, die Vorbereitung von Events und Tätigkeiten im Kulturmanagement sich wohl nicht in Dienstzeiten von 8 bis 16 Uhr ausdrücken, sondern in der Qualität der Tätigkeit, die sich vielfach abends und an Wochenenden abspielt. Weil viele glauben, das könnte sich nicht ausgehen.

Es gibt im Amt der Steiermärkischen Landesregierung ein Referat für Frau und Familie. Die Leiterin dieses Referates, übrigens eine etwas eigentümliche Konstruktion hinsichtlich der Qualifikationsvoraussetzungen, da hat man wohl Ausnahmen gefunden, die Leiterin dieses Referates, das anscheinend dem Land sehr wichtig ist, ist Nationalratsabgeordnete. Und ich sage jetzt, es war für mich sehr interessant, bei Recherchen folgendes Bild zu bekommen, ich hoffe, es stimmt nicht. Diese Recherchen hätten nämlich ergeben, daß die Frau Steibl beim Nationalrat eine 25prozentige Beschäftigung gemeldet hat und in der Steiermark eine 75prozentige ausübt und bezahlt bekommt. Auch das wird sich aufklären lassen müssen.

Meine Damen und Herren, ich darf abschließend zweierlei sagen. Es ist so, daß dieses Land von Volksvertretungen demokratisch mitbestimmt wird und daß eine Partei dieses System bei jeder passenden und unpassenden und vor allem sich aus populistischen Gründen sehr deutlich ergebenden Gründen angreifen will, angreifen will durch Denunzierung, durch das Diskutieren an der Sache selbst vorbei, um zu destabilisieren. Dieser Weg ist eindeutig erkennbar. Wir diskutieren heute über den Fall Konrad, die FPÖ hat in Wirklichkeit Volksvertretungen und das Recht von Volksvertretern, auch arbeiten zu können, gemeint und hat damit denunzieren wollen.

Sie werden mit Ihrem Antrag recht bekommen, weil Sie eine Mehrheit haben. Wir akzeptieren diese Mehrheit, wiewohl ich dazusage, daß sich natürlich eine Zusammenarbeit wesentlich leichter gestalten kann, wenn man vertrauen kann. Und wir – (Abg. Schinnerl: "Packeln können!") nein, lieber Kollege Schinnerl, vertrauen, weil du noch immer nicht soweit bist zu erkennen, daß es um ganz etwas anderes geht.

Und wenn man vertrauen kann, meine Damen und Herren, ist das eben leichter. Wenn wir sehen, daß sich Fraktionen in Fraktionen bilden, dann wird dasschwerer. Wir nehmen es zur Kenntnis und stehen weiter zu dieser Zusammenarbeit. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.44 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brünner. Ich erteilte es ihm.

Abg. Dr. Brünner (10.44 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine Damen und Herren!

Als für mich publik geworden war, daß Frau Dr. Konrad ohne Ausschreibung und ohne sachorientierte Begründung eine öffentliche Funktion in der Kulturabteilung bekommen soll, war ich der Überzeugung, daß ich mich in der Politik und bei der Politik auf einem falschen Dampfer befinde. Ich habe die Überzeugung, daß Politik etwas mit sachrationaler Argumentation zu tun hat. Ich habe die Überzeugung, daß Politik etwas zu tun hat mit dem Widerstreit unterschiedlicher Programme und Ideen. Ich bin der Überzeugung, daß Politik etwas damit zu tun hat in dieser res publica, in diesem öffentlichen politischen Bereich, dem Wohl aller Bürgerinnen und Bürger zu dienen. Und ich kann und will nicht akzeptieren, daß Politik Aktionismus ist, und ich kann und will nicht akzeptieren, daß Politik brutaler Einsatz von Macht ist, unbeschadete jeglicher Verluste. Ich werde dann noch auf das Verlustthema zu sprechen kommen.

Meine Damen und Herren, als ich mich vorbereitet habe für den heutigen Tag, bin ich wieder einmal die Aktionen in diesem Landtag durchgegangen, die sich gedreht haben und drehen um öffentliche Ausschreibung von Funktionen, die sich gedreht haben und drehen um eine objektivere Vergabe öffentlicher Funktionen, als das bisher geschehen ist. Ich bringe nur ein paar Punkte in Erinnerung: 13. Mai dieses Jahres, einstimmiger Beschluß des Landtages, daß öffentliche Funktionen ausgeschrieben werden sollen, ein Beschluß, der in der Folge mißachtet worden ist. Sonderlandtag am 29. September dieses Jahres mit dem Versprechen der Regierung, bis zum 30. November ein Objektivierungsgesetz einzubringen. Ich habe dieses Versprechen nicht so verstanden, daß ein paar Wochen später diese Aktion im Zusamenhang mit Frau Dr. Konrad gestartet wird. Und letztendlich auch eine Gesetzesinitiative des Liberalen Forums und der Grünen vom 10. Juni dieses Jahres, betreffend ein Objektivierungs- und Ausschreibungsgesetz, das entgegen den Gepflogenheiten im Ausschuß der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen worden ist, bis heute ist keine Stellungnahme der Landesregierung eingetroffen, und bis heute gibt es auch keinen Entwurf eines Objektivierungsgesetzes, den ich kenne.

Es ist für mich erfreulich, daß durch einen Schulterschluß der Freiheitlichen, des Liberalen Forums, der Grünen, der Medien und auch der Bevölkerung in diesem Land diese Aktion "Frau Dr. Konrad" verhindert

werden konnte. Ein Schulterschluß, der hingeht bis zu den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land. Und wer in diesen letzten Tagen und Wochen diskutiert hat mit der Bevölkerung, der weiß und muß wissen, daß unbeschadet der parteipolitischen Zugehörigkeit unisono gesagt wurde, daß man so mit der res publica, daß man so mit dem Gemeinwohl, daß man so mit dem Thema Frauensolidarität und, und, und nicht umgehen kann, wie es Vertreter der Landesregierung und Vertreter der ÖVP und der SPÖ gemacht haben.

Herr Kollege Flecker, das, was Sie heute hier wieder geboten haben, ersetzt nicht sachorientierte Auseinandersetzung und Begründung dieser verhinderten Aktionsgeschichte der Frau Dr. Konrad. Und ich bin mir schon im klaren gewesen, Herr Dr. Flecker, daß das Thema "Christian Brünner und Univ.-Prof. und Klubobmann" hier zum Thema gemacht wird und daß Dreckpatzerl geworfen werden. Herr Kollege Flecker, es gibt einen kleinen Unterschied zwischen dem Fall Konrad und dem Fall Brünner, nämlich den, daß ich Professor an der Universität Graz geworden bin nach einer Ausschreibung, bei der sich rund 20 Personen beworben haben, von einer Berufungskommission, in der 14 Fachleute gesessen sind, auf die Berufungsliste gekommen bin und von Frau Dr. Firnberg, die damals Ministerin wurde, den Ruf erhalten habe. Das ist der kleine Unterschied zwischen dem Fall Konrad und mir. Und ich lade Herrn Kollegen Flecker einmal herzlich ein, an die Universität zu kommen, anonym, und diejenigen zu befragen, denen ich als Professor Rechenschaft abzulegen habe, meinen 100 Studierenden pro Semester, meinen 100 Prüfungskandidatinnen und -kanditaten pro Semeser, meinen 20 Diplomandinnen und Diplomanden pro Semester und meinen zwei Dissertanten und meinen sechs Dissertanten, wo ich Zweitbegutachter bin. Er soll einmal kommen und soll einmal dort fragen, ob ich meinen Pflichten als Universitätsprofessor nachkomme.

Es ist nichts leichter, als hier im Landtag Dreck zu versprühen in einer Sache, die nicht vergleichbar ist. Ich habe mich nicht dagegen gewendet, daß Frau Dr. Konrad beabsichtigt hat, nur einen Dreivierteljob auszuüben. Denn das ist eben zu prüfen durch die Behörden, die eingerichtet sind, sowohl im Land als auch im Bund. Es gibt ja Behörden, die das überprüfen, ob Herr Kollege Jeglitsch oder ich oder andere Kolleginnen und Kollegen aus dem Universitätsoder dem Beamtenbereich den Verpflichtungen nachkommen oder nicht.

Brutaler Einsatz der Macht, das war das, was mich im Fall von Frau Dr. Konrad gestört hat, unbeschadet aller Verluste, unbeschadet erstens des Verlustes der Glaubwürdigkeit der Politik. Und ich erinnere Sie nochmals daran, meine Damen und Herren, die hinausgegangen sind und mit der Bevölkerung geredet haben, es ist ein Scherbenhaufen produziert worden. Es ist okay, und es ehrt Frau Landeshauptfrau, daß sie einen Schlußstrich unter diese Geschichte gezogen hat, aber der Scherbenhaufen, der produziert worden ist im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Politik, der ist nicht so leicht wegzuräumen mit dem Sachverhalt, einen Antrag zurückzuziehen.

Zweitens, unbeschadet aller Verluste, nämlich was den Gleichheitsgedanken anbelangt, der nicht nur in der Verfassung festgeschrieben ist, sondern der ein fundamentaler Grundsatz dieser Demokratie ist. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gleich sein vor dem Gesetz, und sie sollen gleich sein vor der Politik, und die Zugehörigkeit zu einer Partei soll und darf keinen Ausschlag geben. Ich erinnere noch einmal an die Aussage von Herrn Landeshauptmannstellvertreter beim Sonderlandtag, die da lautet "bei gleicher Qualifikation entscheidet er sich natürlich für den Inhaber/die Inhaberin eines Parteibuches". Eine solche Vorgangsweise ist nicht nur verfassungswidrig, sondern eine solche Vorgangsweise widerspricht auch einem fundamentalen Grundsatz der Demokratie.

Unbeschadet aller Verluste, drittens, das Vertrauen wird mißbraucht. Der Begriff Vertrauen wird mißbraucht, heute wieder einmal vom Herrn Kollegen Flecker. Alles für die Notwendigkeit des Vertrauens zwischen Menschen, auch zwischen konkurrierenden Menschen, auch zwischen politischen Parteien. Aber wenn Vertrauen so verstanden wird, daß dieses Land parteipolitisch segmentiert wird und ich möchte die Liste, die Frau Kollegin Bleckmann vorgelesen hat, nicht wiederholen, parteipolitisch segmentiert wird zwischen ÖVP und SPÖ und darüber dann der Begriff Vertrauen gestülpt wird, wenn es Absprachen über Personal gibt, die dann lauten, ich rede dir nicht in deine Geschichte drein und bitte rede du mir nicht in meine Geschichte drein, dann ist das Mißbrauch dieses notwendigen Vertrauens, das es zwischen Menschen geben muß, auch zwischen Menschen unterschiedlicher Meinung. Unbeschadet jeglicher Verluste, viertens, des Mißbrauches des Begriffes der Loylität, der hier immer wieder ins Spiel gebracht wird, nicht zuletzt vom Herrn Kollegen Flecker. Selbstverständlich verlange ich von jedem Beamten, von jeder Beamtin Loyalität. Ich verlange von jedem, der öffentliche Aufgaben hat und wahrnimmt, Loyalität gegenüber diesem Staat, seiner Verfassung, seinen Gesetzen und seinen Grundwerten. Aber Loyalität wird offensichtlich so verstanden, daß das Wichtigste die Loyalität gegenüber der Partei, ist und da habe ich ein anderes Verständnis von Loyalität.

Unbeschadet jeglicher Verluste, fünftens, des Miteinander, des Mißbrauchs des Begriffes Miteinander. Das Liberale Forum hat Frau Landeshauptfrau Klasnic im Grunde genommen nur aus einem Grunde gewählt, nämlich, daß nach der Nichtkooperation, um es gelinde zu sagen, zwischen dem Herrn Landeshauptmann Krainer und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek die designierte Frau Landeshauptfrau in die Öffentlichkeit gegangen ist und gesagt hat, das beendet sie im Dienste dieses Landes, anstelle dieses ständigen Hickhacks, anstelle dieser ständigen Blockade ein Miteinander, auch zwischen ÖVP und SPÖ. Das war der primäre Grund, wieso wir die Frau Landeshauptfrau gewählt haben. Aber unter Miteinander verstehe ich nicht ständige SPÖ- und ÖVP-Tandembesetzungen. Unter Miteinander verstehe ich nicht solche Aktionen und Aktivitäten, wie sie hier zum Beispiel im Zusammenhang mit Frau Dr. Konrad geplant gewesen sind.

Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, Sondervertrag, keine Regelungen und Bindungen. Ja, grundsätzlich okay, daß es eine gewisse Flexibilität gibt beim Sondervertrag, aber so verstehe ich die Handhabung des Sondervertrages nicht, daß ohne öffentliche Debatte, ohne Ausschreibung, ohne sachorientierte Begründung jemand, unbeschadet seiner Qualifikation, wegen seiner parteipolitischen

Zugehörigkeit eine Funktion erhalten soll. Alles dafür, daß Politikerinnen und Politiker einen Beruf haben, und ich habe nicht zuletzt deswegen immer wieder klargestellt, daß dann, wenn meine Funktion mit Berufsverbot belegt wird, ich am nächsten Tag aus der Politik gehe, weil mir mein Beruf ganz wichtig ist. Wichtig im Hinblick auf meine Unabhängigkeit als gewählter Abgeordneter, auch meine Unabhängigkeit gegenüber meiner eigenen Partei. Aber nicht so, Herr Kollege Flecker und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, daß der Beruf auf diese Weise so quasi nachgeschossen wird.

Damit wir uns klar verstehen, meine Damen und Herren, mein Thema ist nicht die Frau Dr. Helga Konrad als Person, und mein Thema ist nicht ihre Qualifikation, die ich nicht bestreite. Sondern mein Thema ist die Art und Weise, wie diese Funktionsbesetzung hätte vor sich gehen sollen, ohne sachliche Argumentation, ohne Argumentation, welche Aufgaben jetzt wirklich erfüllt werden sollen, neben Feil, Glawogger, Krischee, Schleich, Fiedler, ohne begründbare Argumentation in der Öffentlichkeit. So nicht. Und, meine Damen und Herren, ich freue mich, daß es zu diesem Schulterschluß zwischen Freiheitlichen, Liberalen, Grünen, Medien und der Bevölkerung gekommen ist, um endlich einmal klarzustellen, daß dieser Landtag nicht ein Anhängsel der Regierung ist und nicht ein Ort ist, wo ohnehin nichts passiert, sondern daß gewisse Aktionen, diese Aktion eben, nicht stattfinden kann, darüber freue ich mich! (Beifall beim LIF und der FPÖ. – 10.58 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (10.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Flecker hat gesagt, daß da eine Partei am Werke ist, die sozusagen die da oben gegen die da unten ausspielen will. Das mag schon der Fall sein. Aber, meine Damen und Herren, grundsätzlich sind wir in der Politik schon dazu da, wenn wir schon solche Ausdrücke gebrauchen und solche Begriffe, daß die da oben denen da unten erklären können, was vorgeht, und wenn das auf Dauer nicht geht oder immer schwieriger wird, kann ich mich nicht an die da unten wenden, sondern muß schon die da oben fragen, was eigentlich passiert ist. Und das gilt für uns alle. Und ich sage das in aller Ruhe. Ich bin mit vielem von dem, was er gesagt hat, auch in bezug auf die Politiker, die wir haben und bekommen werden, auch gerade im Hinblick dessen, was wir in den letzten Monaten so beschlossen haben, einer Meinung. Das wird schwierig, weil wir anhand des erwähnten Falles sehen, wie schwierig es ist, wieder einzusteigen. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen zur Kenntnis nehmen, und da tue ich gar nicht billig Schuld zuweisen, daß die Optik im Fall Konrad verheerend war, und deshalb bin ich der Frau Landeshauptmann, die uns ihre Entscheidung gestern am Abend mitgeteilt hat, sehr dankbar, daß sie auf ihre Weise einen Schlußstrich gezogen hat. Das hätte, ob wir wollen oder nicht, der Politik insgesamt geschadet, und ich bitte alle im Hause um Verständnis. Die Volkspartei ist nicht dazu da, die Zeche für alles, was vorgeht, zu zahlen.

Ich bekenne mich – ich habe sehr genau aufgepaßt – zur Zusammenarbeit, es gibt keine Fraktion in der Fraktion. Wir sind sehr glücklich, daß wir die Frau Landeshauptmann auch an der Spitze unserer Gesinnungsgemeinschaft haben, und es ist überhaupt keine Frage, daß wir die Zusammenarbeit, gerade auch mit der Sozialdemokratie, in aller Form fortsetzen wollen.

Wir beide müssen immer wissen, wo ist die Grenze des anderen und die Zumutbarkeit. Ich muß wissen, daß die Grenze auch meine eigene Grenze ist, die ich nicht durchschreiten darf. Und da gibt es eben Entscheidungen, die in der Diskussion auch ganz an die Spitze des Möglichen in der Emotion gehen, und da sollten wir uns nicht irritieren lassen, wenn wir einen gemeinsamen Weg in einigen Fragen sicherlich nicht zustandebringen. Es ist keine Frage, und es war nie eine Frage, und der Landeshauptmannstellvertreter hat es auch gesagt, daß der Frau Dr. Konrad, die in der Kulturinitiative lange tätig ist, die Qualifikation nicht abgesprochen werden kann, aber die Frage des Bezuges insbesondere war es ja, die die Gemüter erregt hat, und das - ich denke - wohl zu recht, und auf der Strecke bleibt die Kandidatin, weil nicht mit der notwendigen Sensibilität vorgegangen worden ist.

Meine Damen und Herren, ich beteilige mich nicht am Ausspielen. Ich stelle mich da nicht her und sage, da haben wir einen in unserer Mitte, der mehr als diese oder jender verdient, obwohl ich mit dem einen jetzt auch schön langsam geschieden bin, weil er ununterbrochen und blind alles mitträgt, was die anderen hier wollen. Das tue ich nicht. Ich sage nur, aufpassen, wenn wir Namen hier nennen. Ich erkläre in aller Form, und das ist eben der Unterschied, daß etwa die Frau Nationalrätin Steibl, auch wenn es in "News" irrtümlich falsch abgedruckt wurde, sowohl hier wie auch draußen 75 Prozent gemeldet hat. Und, Dr. Flecker, wissen Sie, die verdient brutto 17.400 Schilling. Das ist der Unterschied. Und auf einen solchen Unterschied muß man eingehen, denn ich bin im Prinzip bei Ihnen. Wir leben in einer Zeit, ich wiederhole, was ich bei der letzten Debatte im Sonderlandtag hier gesagt habe, in der es offensichtlich so ist, daß politische Mandatare ein Freiwild geworden sind. Ich lehne dies selbstverständlich strikt ab, denn eine solche Geisteshaltung fördert nur Neid und Mißgunst und führt uns schnurstracks in die Gesellschaft der Opportunisten, aber - meine Damen und Herren -, und insofern liegt der Ball an der Politik, da dürfen wir nicht Kindesweglegung betreiben. Man muß einen Vorgang erklären können, und man muß einen Vorgang erklären wollen und darf nicht überheblich agieren. Es ist für mich felsenfest klar, daß die Frage der beruflichen Arbeit von Mandataren so oder so, von Mandataren nach einer Ministerschaft oder nach der Politik insgesamt auf der Tagesordnung bleibt, und es ist ein sehr ernster Punkt für uns. Ich meine daher, daß wir abseits dieses Falles, weil eine Anlaßdebatte nie gut ist, die Grundsatzdebatte sehr wohl zu führen haben, weil es vom Prinzip her nicht zulässig ist, eine neue Gruppe von Ausgegrenzten zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Beschlußantrag der Freiheitlichen nicht zustimmen, weil der Inhalt obsolet geworden ist. Das gilt auch für den Beschlußantrag der Grünen. Und ich sage noch einmal, treiben wir die Emotion nicht hoch, nicht zu hoch, auch wenn sie heute in Wallung begriffen ist sozu-

sagen. Es gibt keine Alternative zur Zusammenarbeit der größeren Gruppen im Lande. Wir haben gemeinsam mehr weitergebracht, als das jene behaupten, die alles immer nur schlechtmachen, aber es liegt an uns und in unserer Verantwortung, alles zu tun, damit es nichts schlechtzumachen gibt. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 11.05 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (11.05 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr froh darüber, daß diese heutige Sitzung eine so überraschende und doch so positive Wendung für die Demokratie in diesem Lande genommen hat, und ich möchte nur kurz zurückgreifen, wie es mir als Abgeordneten gegangen ist, der vor etwas mehr als einer Woche erfahren hat, daß trotz der Beteuerungen über Objektivierung im Landesdienst nun wiederum ein spezieller Deal, ein Postenschacher oder "Postenschachner", wie das heute schon illustriert wird oder skizziert wird, daß ein solcher Postenschacher geplant ist. Und ich glaube, es ist sowohl Abgeordneten der SPÖ als auch der ÖVP quer durch alle Reihen, wahrscheinlich den meisten, so ergangen, daß man das Gefühl der Ohnmacht, das Gefühl der Wut und das Gefühl des Zornes verspürt hat. Und dann hat sich erfreulicherweise da hier - seien wir froh, daß Medien in diesem Land die Mächtigen kontrollieren - im Zuge der Berichterstattung ein Klima entwickelt, Reaktionen entwickelt. Und wer, was ich von den meisten Abgeordneten annehme, unter die Leute geht, wie es auf steirisch schön heißt, und in den Gasthäusern oder wo immer Veranstaltungen sind, in den letzten Tagen diskutiert hat, der hat gespürt, daß hier auch in der Bevölkerung - und Kollege Flecker ist jetzt nicht da -, da gibt es kein Oben und Unten, was die Parteien anlangt. (Abg. Heibl: "Er ist schon da!") Wo ist er? Also, da, hier!

Da gibt es hier das Gefühl des Oben und Unten, der Ohnmacht der Bevölkerung. Was mich so geschmerzt hat dabei, obwohl ich einer Minifraktion, einer kleinen Fraktion angehöre, die es sich leicht machen und sagen könnte, wir weisen immer wieder darauf hin, wir kämpfen gegen diesen "Postenschachner". Trotzdem steht hier die Demokratie, unser Land Steiermark. diese Gesellschaft und unsere Politik für das Gemeinwohl oder für die res publica, wie es der Kollege Brünner immer als Professor nennt, auf dem Prüfstein. Ich selbst war immer wieder in der Situation, daß ich einfach beipflichten mußte den Kritiken, den Vorwürfen, daß wir als steinische Politiker für diese Entwicklung, für diese Schläge ins Gesicht der Bevölkerung verantwortlich sind. Und es gelingt einem nicht, daß man den Leuten erklärt, ich sitze ja nur im Landtag, und ich habe dabei nicht das entsprechende Wort zu sagen, und ich bin nicht der, der abstimmt.

Kollege Flecker, wenn du in deiner Rede heute hier für mich etwas mehr als bedauerlich die alte Walze wieder aufgelegt hast oder die alte Platte, daß jemand dort einen Beruf ausüben können muß, so möchte ich dir sagen, du hast hier ganz wesentliche Aspekte vergessen. Daß jemand als Nationalrat – ich will hier überhaupt niemandem persönlich nahetreten – tätig ist, im Monat 100.000 Schilling verdient plus Zulagen,

eine Arbeit ausübt, von der wir wissen, daß sie fast die ganze Frau oder den ganzen Mann fordert, und wo wir zutiefst überzeugt sind, daß schon allein auf Grund der Tätigkeit als Nationalrat dieses sogenannte Management pro Event oder wie immer das auf neudeutsch oder altdeutsch oder auf gut steirisch heißt, ich kann diesen Namen gar nicht mehr hören, die so vielen Events, die immer stattfinden, aber wenn man dann hört, daß hier ein Fulltimejob ausgeübt wird, und ich weiß das, weil ich in Wien lange tätig war, ich weiß es von meinem Bruder, jeder weiß es, dann hat sich niemand vorstellen können, daß man neben diesem Fast-Fulltimejob noch einmal 75 Prozent im Kulturmanagement ausübt. Also ein Widerspruch in der Zeitgestalt, der an sich schon dagegenspricht. Aber was mich noch mehr betroffen gemacht hat und was mich noch mehr erschüttert hat, ich habe am Donnerstag, glaube ich, war es, im "Steiermark-Bild" wirklich darauf gewartet und habe mir die Sendung angeschaut, das Interview des Redaktuers Edlinger mit der Frau Dr. Konrad. Und, Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner, ich nehme an, daß auch du dieses Interview gehört hast, und trotz mehrmaligem Befragen, daß ohnedies die Frau Dr. Konrad als Nationalratsabgeordnete tätig ist, und ob sie nicht das Gefühl hat, und diese Frage ist auch gekommen, was vor allem für Sozialdemokraten in diesem Land, die immer auf ihre stolze Geschichte zur Befreiung der Entrechteten verweisen, und auf die Frage hin, daß sie ja ohnedies 100.000 Schilling mit Zulagen verdienen, ob sie nicht das Gefühl hat, daß ihre Bestellung mit weiteren 58.000 Schilling ein Schlag ins Gesicht für alle jene Frauen in dem Land ist, die kein Einkommen haben, die arbeitslos sind, keine Pension haben, obwohl sie oft, wie ich hier schon mehrmals darauf hingewiesen habe, drei, vier oder mehr Kinder aufgezogen haben. Und wenn ich dann überlege, wie oft wir hier diskutiert haben, und ich würde mir auch wünschen, daß wir einen Sonderlandtag über Jugendarbeitslosigkeit abhalten, was sollen junge Frauen sagen oder überhaupt junge Steirerinnen und Steirer, die keine Arbeit bekommen, die sich seit Jahren, oder man kann auch sagen Jahrzehnten im Landesdienst bewerben und immer wieder die Antwort bekommen, entweder daß ein anderer drangekommen ist oder daß Aufnahmesperre ist aus Kostengründen, wo ich mich frage, wie werden wir die jungen Menschen unterbringen? Und dann habe ich keine einzige Antwort bekommen. Und ich mache ja kein Geheimnis daraus, daß ich lange Jahre bei der Sozialdemokratie tätig war, und ich weiß auch, daß diese Sozialdemokratie historische Verdienste um die Rechte der arbeitenden Menschen in diesem Land haf. Aber wenn keine Sensibilität mehr besteht, daß 100.000 schon sehr viel sind, aber daß 158.000 Schilling in einer Situation, wo nach dem ASVG-System heute darum gerungen wird, daß man die Pensionen endlich gerechter gestaltet in dem Land, dann habe ich das Gefühl, und ich weiß auch, und das möchte ich zu Ihrer Ehrenrettung sagen, daß in Ihren Reihen manche da hier sitzen, die sehr wohl gespürt haben, daß hier der Bogen überspannt worden ist, daß das Faß übergelaufen ist und daß man vielleicht jetzt auch sagen kann, daß der Krug so lange zum Brunnen geht, bis er zerbricht. Mir tut – und das sage ich auch jetzt in der Situation, weil man mir das vielleicht auch falsch auslegen könnte -, mir tut politisch die Frau Dr. Konrad fast ein bißchen leid, obwohl ich nie ein

"Freund" von ihr war, weil sie letzten Endes überbleiben wird. Weil sie in einer schwierigen Situation nicht erkannt hat, daß einfach diese Bewerbung, wobei ich nicht sagen kann, ob sie sich beworben hat oder ob sie gefragt wurde, daß diese Bewerbung der Weg in die falsche Richtung war. Und ich habe mich gewundert, daß die Spitze der SPÖ hier einfach den Eindruck erweckt hat, daß sie diese Aktion durchziehen will.

Und ich komme schon zum Ende. Ich habe zuerst gedacht, vielleicht wird die Frau Dr. Konrad selbst den Weg beschreiten, daß sie erklärt, angesichts dieser Diskussion verzichtet sie auf die Tätigkeit. Das habe ich geglaubt, weil ich nicht angenommen habe, daß der Landeshauptfraustellvertreter Schachner selbst diesen notwendigen Schritt gehen wird. Aber ich bin froh darüber, und das sage ich da hier, auch wenn mir der Kollege Flecker jetzt vorwirft, ich will mich bei den Schwarzen hier einweinberln oder ich will mich andienen, ich bin froh darüber im Interesse der Demokratie, im Interesse des Ansehens von uns allen, weil es fällt ja auf jeden einzelnen zurück, wenn solche Kuhhändel, solche Postenschacher mit Gehältern, die ins Astronomische gehen, hier verwirklicht werden. Ich bin Ihnen und Ihrer Fraktion insoweit dankbar, daß ich sage, Gott sei Dank ist dieser Weg verlassen worden und haben Sie rechtzeitig erkannt, daß hier das Ansehen, nicht nur Ihrer Partei und Ihrer Bewegung, sondern das Ansehen der gesamten Politik auf dem Prüfstand steht und wir Gefahr gelaufen sind, daß wir alle weiterhin an Image verlieren.

Und noch einen Gedanken dazu. In den Gasthäusern und überall ist es ein geflügeltes Wort geworden, was natürlich den Damen und Herren der Freiheitlichen Freude bereitet, "solche Aktionen nützen nur dem Haider". Alles, was mit Privilegien, mit Postenschacher zu tun hat. Und ich will heute den Bogen nicht überspannen, ich will auch nicht hier Ihre Aktivitäten im Grazer Gemeinderat und woanders in der Vergangenheit hier auflisten, und ich tue das aus gewissen Gründen heute nicht, weil ich nicht will, daß Aktivitäten, die in der Vergangenheit passiert sind, hier im Landtag breitgetreten werden. Aber es gibt auch die Tendenz, daß in Ihren Reihen oder von Ihren Verantwortlichen, wenn die Möglichkeit besteht, sehr wohl auch Versuche unternommen werden. Leute unterzubringen und entsprechende Dotierungen abzusichern. Und wenn ich daran denke, Frau Kollegin Bleckmann, Sie haben mit aller Gewalt geschrien gegen die Neuregelung für Klubobleute, aber wie Sie dann vom ORF gefragt worden sind am Anfang des Monats, haben Sie auch noch gesagt, Sie müssen überlegen, ob Sie Berufsverzicht ausüben. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ja, jetzt nicht, weil Sie gemerkt haben, daß das nicht geht. Ich persönlich als Grüner Mandatar sage hier ganz deutlich, ich möchte nicht, daß diese FPÖ in diesem Lande noch mehr Gewicht bekommt. Ich werde mit aller Kraft dafür arbeiten, daß das eingebremst wird. Und ich möchte auch sagen warum, weil ich glaube, daß Ihre Politik und Ihre Ansagen des Führers der ordentlichen Beschäftigungspolitik und auch in der Vergangenheit, wo Sie den Eindruck erwecken, daß Ihnen das Spannen von Bögen zum Nächsten, daß Ihnen das viel weniger wichtig ist als das Ausgrenzen und das Schüren von Aggressionen. (Abg. Schinnerl: "Jetzt bist du wieder ein SPÖler!") Und bitte, wer die Interpretation zu Fragen der Solidarität und Nächsten-

liebe der letzten Tage verfolgt hat, da muß ich sagen, daß ich betroffen war und mir eben mit aller Gewalt nicht wünsche, daß Sie eben stärker werden. (Abg. Vollmann: "Sag es deutsch, da dreht es dir den Magen um!") Du hast recht, aber ich will heute etwas gemäßigter sein. Ich war betroffen, wie weit Sie hier Erkenntnisse oder Gemeinsamkeiten, die unsere Kultur auszeichnen, die unsere christliche Gemeinschaft auszeichnen, wie weit Sie hier diese Gemeinsamkeiten für die eigenen Zwecke mißbrauchen wollen. Also ich bin froh darüber, daß dieser Weg, dieser Absprung durch die ÖVP beschritten worden ist, weil damit ein Beitrag geleistet wurde, daß das eben nicht dem Haider nützt und ein weiteres Mosaiksteinchen gelegt wurde, daß die FPÖ noch stärker wird. Ich bin optimistisch in der Beziehung.

Und ein Letztes. Vielleicht ist diese Entwicklung der Vergangenheit oder diese Diskussion der letzten Tage geeignet, daß wir verstärkt nachdenken, ob dieses Proporzsystem, das auf Landesebene im Land Steiermark herrscht, endlich durch ein Majorzsystem mit vernünftigem Wechsel zwischen Regierung und Opposition abgewechselt wird. Vielleicht ist auch das ein Weg, um hier transparentere, demokratischere und vor allem auch offenere Politik zu betreiben, die solchen Postenschacher zum Nachteil der Bevölkerung vermeidet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, ich bin schon mit meinen zwanzig Minuten am Ende, aber erlauben Sie mir, daß ich auch einen Beschlußantrag vorbringe.

Beschlußantrag der Abgeordneten Wabl, Zitz, Brünner und Keshmiri, betreffend Unvereinbarkeit von Mandat und Landesdienst – und das hat ja der Kollege Schützenhöfer hier ausgedrückt –, es geht nicht darum, um die Frage, wieweit jetzt Mandat mit Beruf vereinbar ist, das ist hier nicht die Frage, sondern es geht darum, daß wir jemandem, der in einem politischen Mandat sich befindet, praktisch einen neuen Posten schaffen und damit eine Aufbesserung des Einkommens stattfindet.

Angesichts der jüngsten Vorkommnisse beziehungsweise der beabsichtigten Neuaufnahme einer Nationalratsabgeordneten in den Landesdienst mittels Sondervertrag und aus Achtung vor der Gewaltentrennung wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Abgeordnete zum Europäischen Parlament, zum Nationalrat, zum Bundesrat und Landtag während der Ausübung ihres Mandates nicht in den Landesdienst – auch nicht mittels Sondervertrag – aufzunehmen, um eine Trennung zwischen Exekutive und Legislative zu gewährleisten und zu verhindern, daß Gehaltskumulierungen und Arbeitszeitkollisionen entstehen.

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. Mir tut es leid, daß die ÖVP hier und heute erklärt hat, daß sie keinem Beschlußantrag zustimmen wird. Trotzdem bin ich optimistisch, daß am heutigen Tag doch ein Neuanfang erreicht wurde, der unser Image in der Bevölkerung in Richtung mehr Objektivität, in Richtung mehr Transparenz und mehr Demokratie, daß dieser Schritt heute in den Augen der Öffentlichkeit gesetzt wurde. Danke schön. (Beifall bei den Grünen und dem LIF. – 11.20 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von den Abgeordneten der FPÖ, des LIF und der Grünen, betreffend Funktion für besondere Vorhaben im Forschungs- und Kulturbereich in der Abteilungsgruppe Forschung und Kultur.

Weiters wurde eingebracht ein Beschlußantrag der Abgeordneten der Grünen und des LIF, betreffend Unvereinbarkeit von Mandat und Landesdienst.

Ich komme zur Abstimmung:

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten der FPÖ, des LIF und der Grünen die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. $\dot{}$

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten der Grünen und des LIF die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Beschlußantrag hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage des LIF, der Grünen und der FPÖ. Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Christian Brünner das Wort zur Begründung dieser dringlichen Anfrage, betreffend die Mißachtung der Ausschreibung und transparenten Vergabe öffentlicher Funktionen.

Abg. Dr. Brünner (11.22 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Meine Damen und Herren!

Ich habe in der Präsidiale den Vorschlag gemacht, daß die beiden Dringlichen hintereinander verlesen und beantwortet werden und daß wir dann eine Debatte über die beiden Dringlichen durchführen. Mein Vorschlag fand nicht die Zustimmung der Präsidiale. Die Dringliche, die wir gemeinsam mit den Grünen und Freiheitlichen einbringen, hat als Hintergrund die sogenannte Kompetenzfrage im Fall von Frau Dr. Konrad in der Landesregierung, nämlich daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner den Wunsch auf Bestellung von Frau Dr. Konrad deponiert hat und dieser Wunsch von Herrn Landesrat Dr. Hirschmann exekutiert werden sollte, dies unter dem Vorsitz von Frau Landeshauptfrau Waltraud Klasnic. Aus Gründen der Gerechtigkeit war es mir wichtig, eine dringliche Anfrage nicht nur an die Frau Landeshauptfrau zu richten, sondern auch an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek, eine dritte dringliche Anfrage an den Herrn Landesrat Hirschmann wäre gerechtfertigt gewesen, aber das geht nach der Geschäftsordnung nicht.

Die Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Schinnerl, Wiedner, List und Mag. Hartinger stellen an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, folgende dringliche Anfrage:

Sind Sie bereit, sich der Vertrauensfrage im Landtag zu stellen? Eine analoge Frage an Sie, wie an Frau Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, aus Gründen der Gerechtigkeit im Hinblick auf eine Kompetenzverteilung, die das Wort Kompetenzverteilung nicht verdient, sondern die Verantwortlichkeiten nur verwischt. (11.25 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek das Wort zur Beantwortung. Bitte, Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (11.25 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Verfassung sieht vor, sich einer solchen Vertrauensfrage zu stellen. Daher ist es für mich eine Selbstverständlichkeit und ist mit ja zu beantworten. Ich sage selbstverständlich dazu, daß Sie sich aussuchen können, welches Regierungsmitglied sie dabeihaben wollen, ein bestimmtes Regierungsmitglied wollten Sie alle miteinander nicht dabeihaben. Das ist aber bei der Einbringung des Regierungsstückes das alleinig zuständige gewesen. Das ist der Herr Landesrat Hirschmann. Und ich wiederhole noch einmal, es ist mir recht zu sehen, daß Sie ihn im speziellen alle gemeinsam aussparen wollen, aber zwei, die es heute betroffen hat, nicht. Eine Person sehr wohl, derjenige, der das Stück in die Landesregierung eingebracht hat, das mit mir und mit anderen abgesprochen war. Aber ich nehme zur Kenntnis, daß es so ist. Ich sage das nochmals in aller Deutlichkeit. Ich nehme es zur Kenntnis, daß das so ist, und stelle mich selbstverständlich im Sinne der Verfassung einer Vertrauensfrage. (11.26 Uhr.)

Präsident: Nunmehr eröffne ich die Wechselrede zur eingebrachten dringlichen Anfrage und erteile der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort. Auch hier beträgt die Höchstdauer der Redezeit 20 Minuten, meine Damen und Herren.

Abg. Mag. Zitz (11.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Ich finde das Verhalten vom Landeshauptfraustellvertreter, diese dringliche Anfrage so ernst zu nehmen, wie sie von den Antragstellern und -stellerinnen tatsächlich gemeint war, sehr seriös. Ich möchte aber dennoch auf einige Punkte eingehen, die von den Vorrednern und Vorrednerinnen bei der ersten Anfrage in den Raum gestellt wurden und die ich in dieser Form nicht so stehen lassen möchte. Ich möchte auch noch das präzisieren (Glockenzeichen des Präsidenten.), was der Kollege Martin Wabl vorher, bezogen auf die personalpolitischen Entscheidungen der Freiheitlichen in der Stadt Graz, gemeint hat. Es ist interessanterweise von keinem der Redner und Rednerinnen in Frage gestellt worden, daß es sehr kritisch sei, wenn die Politik "die da oben" und "die da unten" auseinanderdividieren würde. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende im Zuschauerraum, ich wünsche mir eine Politik, die das Oben und Unten gar nicht erst entstehen läßt. Ich wünsche mir eine Politik, wo ökonomische Ungleichheit, die oben und unten hervorruft, wo soziale Ungleichheit, die oben und unten hervorruft, wo eine Frauen- und Männerungleichheit, die oben und unten hervorruft, erst gar nicht Teil unserer politischen und sozialen und ökonomischen Kultur ist.

Zweiter Punkt: Es ist vorher angesprochen worden, daß das Miteinander durch das Kippen von der Landeshauptfrau gefährdet worden wäre. Das Mit-

einander, das die SPÖ und die ÖVP praktizieren, immer wieder mit Unterstützung der Freiheitlichen praktizieren, dieses Miteinander wünsche ich mir auf politische Bereiche übertragen, wie zum Beispiel die Umsetzung des Frauenvolksbegehrens, das wäre nämlich ein konsequenterer Akt zur zitierten Frauensolidarität, als die Bestellung einer ehemaligen Ministerin mit einem Sondervertrag. Ich wünsche mir das Miteinander, wenn es darum geht, nach jahrelanger Abstinenz endlich einmal den Kulturbeirat einzuberufen, sehr geehrter Herr Kulturreferent des Landes, und ich wünsche mir das Miteinander von Ihnen als Wissenschaftsreferent im Land, wenn wir in der letzten Woche gelesen haben, daß die Hörer- und Hörerinnenzahlen auf den Universitäten drastisch zurückgehen auf Grund des Sparpaketes. Da gibt es viele Chancen zu einem sehr reizvollen Miteinander, und das wären übrigens Chancen, wo Sie das vorher zitierte Oben und Unten ein bißchen ausgleichen könnten.

Das Dritte noch, der Klubobmann Flecker hat eine Art von Bonmot verbraucht – ich sage bewußt jetzt verbraucht –, das, glaube ich, bei allen Leuten im Saal Heiterkeit hervorgerufen hat. Er hat gesagt, der Landeshauptfraustellvertreter entscheidet basierend auf einem speziellen Verhältnis zu einer bestimmten Person in seiner Kulturabteilung, offenbar nicht Hofrat Feil, geholt von der ÖVP-Wirtschaftsförderungsabteilung, offenbar nicht der Kollege Glawogger, geholt von ALF, die dem ÖAAB gröbere Schwierigkeiten gemacht hat und der SPÖ.

Diesen Leuten vertraut er offenbar nicht genug, er möchte sein Vertrauen in die neuzuschaffende Stelle, die der Frau Konrad, stecken und hat dann gemeint, der Herr Landeshauptfraustellvertreter wird die "kulturelle Ödlandschaft in der Steiermark befruchten". Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Hause mit Kulturpolitik zu tun haben. Gehen Sie bitte hinaus und verkünden Sie den Künstlern und Künstlerinnen, die jetzt sehr engagiert waren im "steirischen herbst", die engagiert waren in diversen Kulturinitiativen, die engagiert waren in unterschiedlichsten Projekten, daß durch die Macht des Landeshauptfraustellvertreters diese ach so öde Kunst- und Kulturlandschaft in der Steiermark, diese Ödlandschaft, endlich befruchtet werden soll. Ich sehe das als eine absolute Herabwürdigung von dem, was in der Steiermark stark aus Eigeninitiative entstanden ist.

Dritter Bereich, was die Freiheitlichen betrifft. Ich habe vorher gerade versucht herauszufinden, was eigentlich der Wahlkampfslogan der Freiheitlichen in der Stadt Graz ist. Interessant – es gibt noch kein Plakat der Freiheitlichen (Abg. Dr. Reinprecht: "Graz den Grazern!")

Es gibt noch keinen offiziellen, offenbar tatsächlich designierten Kandidaten der Freiheitlichen. Der Freiheitliche Kollege Weinmeister, und das finde ich sehr reizvoll, wird aus dem Munde eines ÖVP-

Stadtrates in Graz heftig angegriffen. In der Grazer Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 1997 geht der Stadtrat Stoiser auf den Kollegen Weinmeister in einer Klarheit los, wie es für mich mehr als überraschend ist. Ich zitiere jetzt aus dem Sitzungsprotokoll vom Grazer Gemeinderat dieses Jahres. Stoiser: "Darf ich einmal umgekehrt der Reihenfolge der Redner antworten? Zuerst zum ehemaligen Günstling Dr. Weinmeister." Das ist die Haltung der ÖVP zu Ihrem Kollegen Weinmeister im Grazer Stadtsenat, zum "ehemaligen Günstling Weinmeister". "Es hat einmal einen Juristen gegeben im Bereich der Stadt Graz, der ist auf einen Beförderungsposten 1977 eingewiesen worden, obwohl er erst 1982 die Erfordernisse erbracht hat. Der Datenschutz verbietet mir leider, den Namen zu nennen." Daraufhin gibt es einen Zwischenruf vom Kollegen Hiden: "Das ist gewagt, Herr Stadtrat." Und der Kollege Stoiser ist nicht bereit, diesen Angriff auf den "Günstling Weinmeister", den Freiheitlichen Spitzenkandidaten für die Gemeinderatswahl, weiter auszuführen, sondern Stoiser sagt zum Zwischenrufer: "Herr Kollege, soll ich Ihnen die genauen Daten sagen? Ich bin gerne bereit, im Personalausschuß Ihnen die genauen Daten zu sagen." Ich ersuche deswegen die Freiheitlichen, die Beförderungspolitik ihres eigenen Spitzenkandidaten in der Stadt Graz einmal genauer unter die Lupe zu nehmen, und möchte auch darauf hinweisen, daß es in der Stadt Graz ein Objektivierungsgesetz gibt, das angewendet wird auf Besetzungen. Und dadurch, daß dieses Gesetz mehrfach umgangen worden ist, ist bereits auf Initiative der Grünen in drei Fällen die Staatsanwaltschaft eingeschaltet worden. Das ist eine etwas nachvollziehbare Politik auf Landesebene. Und noch einmal, nachdem ich vorher angesprochen habe, daß das ein Thema ist, das sehr viele Leute

Es hat sich heute in der Früh vor dem Landhaus eine Plattform vorgestellt "Schluß mit dem Postenschacher". Diese Plattform wird übrigens auch mitgetragen von jungen Leuten, von Hochschülern und Hochschülerinnen, und bei dieser Plattform waren drei Fraktionen dabei. Ich denke, daß die Freiheitlichen sich den Auftritt dort eigentlich sparen hätten können, und ich denke, daß nur der Kollege Schinnerl geschickt wurde und die Mächtigeren in der Fraktion, etwa Klubobfrau Bleckmann, etwa Landesrat Schmid oder etwa auch der Kollege Peinhaupt, sich da ferngehalten haben, zeigt einfach, daß sie in dem Bereich durchaus nicht diese Konsequenz an den Tag legen, wie sie sonst zwischendurch immer mit Sonderlandtagen schmackhaft machen wollen. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 11.35 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt und die Sitzung geschlossen. (Ende der Sitzung: 11.35 Uhr.)